



## Detailansicht des Registereintrags

### Bundesverband des Deutschen Exporthandels e.V. (BDEX)

Aktuell seit 03.06.2026 17:01:32

Eingetragener Verein (e. V.)

<b>Registernummer:</b>	R002508
<b>Ersteintrag:</b>	01.03.2022
<b>Letzte Änderung:</b>	03.06.2026
<b>Letzte Jahresaktualisierung:</b>	03.06.2026
<b>Tätigkeitskategorie:</b>	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
<b>Kontaktdaten:</b>	Adresse: Am Weidendamm 1A 10117 Berlin Deutschland  Telefonnummer: +493072625790 E-Mail-Adressen: contact@bdex.de Webseiten: <a href="http://www.bdex.de">www.bdex.de</a>

#### **Hauptfinanzierungsquellen** (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge

#### **Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:**

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

40.001 bis 50.000 Euro

#### **Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:**

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,00

### **Vertretungsberechtigte Person(en):**

1. **Fritz Graf von der Schulenburg**  
Funktion: Vorsitzender
2. **Alexander Hoeckle**  
Funktion: Geschäftsführer
3. **Stefan W. Dircks**  
Funktion: Stellv. Vorsitzender
4. **Leonard Brand**  
Funktion: Stellv. Vorsitzender
5. **Wolf Maser**  
Funktion: Schatzmeister
6. **Kai Bröker**  
Funktion: Vorstandsmitglied
7. **Axel Hebmüller**  
Funktion: Vorstandsmitglied
8. **Carl Michael Illies**  
Funktion: Vorstandsmitglied
9. **Christian Justus**  
Funktion: Vorstandsmitglied
10. **Dr. Hans Fabian Kruse**  
Funktion: Vorstandsmitglied
11. **Henry-Johann Nientimp**  
Funktion: Vorstandsmitglied

### **Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):**

1. **Vanessa Kassem**
2. **Alexander Hoeckle**

### **Gesamtzahl der Mitglieder:**

13 Mitglieder am 01.01.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

### **Mitgliedschaften (2):**

1. Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)
2. Confederation of International Trading Houses Association (CITHA)

## Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

---

### **Interessen- und Vorhabenbereiche (20):**

Außenpolitik; Internationale Beziehungen; Menschenrechte; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Außenwirtschaft; Parlamentarisches Verfahren; Entwicklungspolitik; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Schienenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen

**Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.**

### **Beschreibung der Tätigkeit:**

Grundlagen der Arbeit des Verbands sind die Vernetzung sowie die Beratung der Mitglieder. Zudem fördert er den Erfahrungsaustausch und die Kollaboration zwischen den Mitgliedern und externen Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Um die Rahmenbedingungen für den deutschen Außenhandel, mit dem Schwerpunkt Export, zu verbessern, unterhalten wir einen „interfraktionellen Dialog“. Mithilfe von Positionspapieren informieren wir über Herausforderungen und Potenziale von Außenhändlern und machen Vorschläge für gesetzliche Regelungen zur Förderung des Ex- und Imports. Des Weiteren vernetzt der Verband seine Mitglieder mit Politikerinnen und Politikern, um den direkten Dialog zu fördern. Es werden Fachveranstaltungen und Podien organisiert, aber auch unmittelbar Stellungnahmen und Gutachten veröffentlicht sowie Umfragen durchgeführt und/oder an Abgeordnete sowie an die Bundesregierung übermittelt.

## Konkrete Regelungsvorhaben (16)

---

### **1. Anpassung der EU-Dual-Use-Verordnung statt nationale Regelungen; Nummerierungssystem einheitlich umsetzen**

#### **Beschreibung:**

Vermeidung eines Regelungsflickenteppichs innerhalb der EU in der Exportkontrolle durch die Aufnahme von Dual-Use-Gütern in die EU-Dual-Use-Verordnung statt einer Anpassung auf nationaler Ebene der Ausfuhrliste. Dadurch sollen Wettbewerbsverzerrungen und administrativer Aufwand für die Unternehmen vermieden werden. Die Bundesregierung sollte sich daher für ein Vorziehen der Evaluierung der EU-Dual-Use-VO einsetzen. Zudem sollte für die Umstellung des Nummerierungssystems eine einheitliche und koordinierte Umsetzung erfolgen, sofern diese nötig ist und Unterstützungsmaßnahmen sowie eine ausreichende Übergangsfrist von mind. 1 Jahr gewährt werden.

#### **Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:**

Entwurf einer Einundzwanzigsten Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung

Datum des Referentenentwurfs: 22.05.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)  
(20. WP) [alle RV hierzu]

**Betroffenes geltendes Recht:**

AWV 2013 [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2407040020 (PDF - 5 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 04.07.2024 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.  
WP) [alle SG dorthin]

2. Weiterentwicklung der EU-Russlandsanktionen

**Beschreibung:**

Effizientere, bürokratieärmere und zielgerichtetere Sanktionsmaßnahmen durch einheitliche Kontrollmechanismen der EU zur Vermeidung von Sanktionsumgehungen, klare Hilfestellungen des Gesetzgebers (einschließlich Leitlinien, Vermeidung Übersetzungsfehler und Definitionen von unklaren Rechtsbegriffen) und Festlegung von Strafen für Verstöße sowie Beachtung funktionierender KYC-Prozesse und ICP-Compliance von Unternehmen. Zur Vermeidung der Sanktionsumgehung sollten Sanktionen auf russische Vormaterialien im Sperrholzbereich ausgeweitet und stärker auf Importpraktiken anderer Länder, z.B. Norwegens, eingewirkt werden. Veröffentlichung bzw. Einbeziehung in die Wirkungsanalyse zu Art. 12g.

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2410010012 (PDF - 4 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 12.09.2024 an:

**Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

3. Geplante Abschaffung des Schwellenwerts für die Zollbefreiung bei Waren von geringem Wert (150-Euro-Zollwertgrenze)

**Beschreibung:**

Eine Abschaffung der de-minimis-Grenze als handelserleichternde Maßnahme sollte kritisch gesehen und nur im Falle der Ermangelung von Alternativmaßnahmen sowie Beachtung bestimmter Voraussetzungen erfolgen, wie die Einführung von Ausnahmeregelungen und Freigrenzen für Muster- und Reparatursendungen, der hinreichenden Vorbereitung und Ausstattung des Zolls und seiner IT-Infrastruktur, Berücksichtigung möglicher Folgeeffekte (wie bei CBAM) und unter Gewährung eines hinreichenden Übergangszeitraums. Als Alternativvorschlag zur Abschaffung könnte die Einführung einer Sendungspauschale und einer exklusiven B2B-Zollfreigrenze überlegt werden.

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Handel und Dienstleistungen [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen" [[alle RV hierzu](#)]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. [SG2410010011](#) (PDF - 9 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 26.09.2024 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [[alle SG dorthin](#)]  
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

4. **Errichtung eines SME Sanctions Helpdesk**

**Beschreibung:**

Der geplante Helpdesk sollte einen tatsächlichen praktischen Nutzen für die Unternehmen haben, indem er rechtlich verbindliche Auskünfte treffen kann, eine unbürokratische und schnelle Bearbeitung sicherstellt und aktuelle Informationen zu Sanktionen bereitstellt. Um die Rechtssicherheit in der Praxis zu steigern, sollte der Helpdesk flankiert werden mit einer „Black or White“-Listung von Drittländern.

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Kleine und mittlere Unternehmen [[alle RV hierzu](#)]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. [SG2410010010](#) (PDF - 3 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 30.09.2024 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

## 5. Stärkung Europas durch die gezielte Nutzung von Handelspolitik, insbesondere von Freihandelsabkommen

### **Beschreibung:**

Die EU muss Freihandelsabkommen nutzen, um ihre globale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die Bundesregierung sollte in Europa eine Führungsrolle übernehmen und sicherstellen, dass das Mercosur-Abkommen eine Mehrheit im Europäischen Rat findet. Zudem müssen neue Abkommen – insbesondere mit Indien und der ASEAN-Zone – zügig verhandelt und bestehende Abkommen wie CETA EU-weit ratifiziert werden. Neue Abkommen sollten sich auf ihre handelspolitischen Kernbestandteile konzentrieren, während Nachhaltigkeitsstandards, wenn überhaupt, in separaten Zusatzabkommen geregelt werden. Die Bundesregierung sollte von der EU-Kommission auch eine stärkere Rolle beim Abbau nicht-tariffärer Handelshemmnisse in Drittstaaten sowie eine aktivere Mitgestaltung der WTO-Agenda fordern.

### **Interessenbereiche:**

Außenpolitik [[alle RV hierzu](#)]; Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]

### **Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. [SG2503240019](#) (PDF - 10 Seiten)

#### **Adressatenkreis:**

Versendet am 29.01.2025 an:

#### **Bundestag**

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Versendet am 29.01.2025 an:

#### **Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

#### **Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [[alle SG dorthin](#)]

Bundeskanzleramt (BKAm) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [[alle SG dorthin](#)]

## 6. Bürokratieabbau: Berichts- und Dokumentationspflichten harmonisieren, Fachkräftezuwanderung und Visavergabe vereinfachen.

### **Beschreibung:**

Eine Harmonisierung der Vielzahl unkoordinierter Berichts- und Dokumentationspflichten sowie funktionierende, EU-weit einheitliche IT-Tools sind notwendig. Zudem sollten Lieferkettengesetzgebungen auf ihre Umsetzbarkeit und Verhältnismäßigkeit geprüft werden, Sorgfaltspflichten sollten auf unmittelbare Vertragspartner (Tier-1) begrenzt, höhere

Schwellenwerte für Berichtspflichten und renommierte Zertifizierungen als Nachweis anerkannt werden.

Für schnellere Visaverfahren braucht es ein Fast-Track-Verfahren für Geschäftsvisa, digitale Akten, eine stärkere Inlandsbearbeitung sowie die Einrichtung zentraler Ausländerbehörden auf Länderebene. Die Verwaltung sollte sich stärker als Partner der Wirtschaft verstehen.

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2503310238 (PDF - 10 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 29.01.2025 an:

**Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

**Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

7. **Optimierung der Exportkontrolle und Sanktionen sowie eine Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren**

**Beschreibung:**

Verfahren in der Exportkontrolle sind zu komplex und die Behördenkoordination unzureichend. Zoll und BAFA verlangen oft zusätzliche Bescheinigungen, die Prozesse verzögern. Die Wiedereinführung der Exporteurserklärung als anerkannter Nachweis könnte hier für mehr Effizienz sorgen.

Genehmigungsverfahren bedürfen Fortschritte durch eine stärkere Autonomie des BAFA und den Ausbau Allgemeiner Genehmigungen (AGG) sowie eine schnellere interministerielle Abstimmung. Zudem muss die Zusammenarbeit zwischen BAFA und Zollbehörden enger und besser synchronisiert werden, um Nullbescheids-Verfahren und Verzögerungen zu vermeiden.

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2503310239 (PDF - 10 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 29.01.2025 an:

**Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

**Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [[alle SG dorthin](#)]

Bundeskanzleramt (BKAm) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [[alle SG dorthin](#)]

**8. Die Verhängung von Sanktionen sollte maßvoll und gezielt stattfinden, unter einer klaren Definition von Unternehmensverantwortung****Beschreibung:**

Sanktionsregelungen müssen klar und rechtssicher formuliert sein, um Rückfragen und Verzögerungen zu vermeiden. Die jüngste Erweiterung der BMWK-FAQ ist ein erster Schritt, aber weitere verbindliche Maßnahmen sind erforderlich. Zudem dürfen Unternehmen nicht allein für die Kontrolle ihrer Tochtergesellschaften haftbar gemacht werden. Die Bundesregierung muss sich für ein einheitliches Vorgehen der EU einsetzen und Handelsinteressen konsequent gegenüber den USA und anderen Akteuren vertreten. Eine Übernahme amerikanischer „secondary sanctions“ im Umgang mit China ist strikt abzulehnen. Zudem sollte die Boykottregelung des § 7 AWW überprüft werden, um Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen zu vermeiden.

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. [SG2503310240](#) (PDF - 10 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 29.01.2025 an:

**Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

**Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [[alle SG dorthin](#)]

Bundeskanzleramt (BKAm) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

9. **Reaktivierung von Frühwarnhinweisen, um den Außenhandel durch staatliche  
Informationen zu unterstützen**

**Beschreibung:**

Frühwarnhinweise bieten Unternehmen eine Entscheidungsgrundlage und bietet Schutz, ohne die Flexibilität einzuschränken.

Das Bieten von Orientierung, ohne verbindliche Vorgaben zu machen, hilft insbesondere KMU, internationale Regelungen besser einzuhalten, ihre „Business Intelligence“ zu stärken und sich frühzeitig auf Risiken einzustellen.

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. **SG2503310242** (PDF - 10 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 29.01.2025 an:

**Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

**Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.  
WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

10. **Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) müssen in den Mittelpunkt einer  
ressortübergreifenden Außenwirtschaftsstrategie gestellt werden.**

**Beschreibung:**

Ein staatlich unterstützter Zugang zu Auslandsmärkten ist die effektivste Form der Außenwirtschaftsförderung, insbesondere für KMU. Dafür braucht Deutschland eine kohärente, ressortübergreifende Strategie, die primär vom BMWK, BMEL, BMZ und AA umgesetzt wird. Praxisnahe Unterstützungsmaßnahmen wie Markt- und ESG-Informationen sollten verstärkt bereitgestellt und Botschaften sowie Auslandshandelskammern stärker auf den Service ausrichten.

Zudem sollte der Austausch zwischen staatlichen Einrichtungen und KMU durch spezielle

Foren intensiviert werden. Ein Mindestanteil von 50 % KMU bei Delegationsreisen unter politischer Führung sollte zur Norm werden, um die Internationalisierung des Mittelstands gezielt zu fördern.

**Interessenbereiche:**

Außenpolitik [[alle RV hierzu](#)]; Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Kleine und mittlere Unternehmen [[alle RV hierzu](#)]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. [SG2503310243](#) (PDF - 10 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 29.01.2025 an:

**Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

**Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [[alle SG dorthin](#)]

Bundeskanzleramt (BKAm) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [[alle SG dorthin](#)]

11. **Prüfung der klimapolitischen Sektorleitlinien für Exportkreditgarantien und keine Ausweitung der ESG-Kriterien**

**Beschreibung:**

Exportkreditgarantien sind essenziell für Exporteure, insbesondere für den Mittelstand in Schwellen- und Risikomärkten. Ihre Verknüpfung mit klimapolitischen oder handelsfremden Zielen schafft zusätzliche Handelshemmnisse. Die vom BMWK eingeführten Leitlinien sollten daher hinterfragt und alternative Ansätze zur Zielverfolgung geprüft werden. Eine Erweiterung der ESG-Kriterien auf das Kurzfristgeschäft oder Sammeldeckungen darf nicht erfolgen.

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Entwicklungspolitik [[alle RV hierzu](#)]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. [SG2503310244](#) (PDF - 10 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 29.01.2025 an:

**Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

### **Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

## **12. Weiterentwicklung der Exportkreditgarantien des Bundes**

### **Beschreibung:**

Angesichts der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung und Digitalisierung müssen Exportkreditgarantien flexibel bleiben, um deutsche Unternehmen auch bei komplexen Wertschöpfungsketten und Handelsmodellen zu unterstützen. Die jüngsten Anpassungen sind ein Schritt in die richtige Richtung. Künftig sollte neben dem Direktexport auch der Handel stärker berücksichtigt werden. Zudem sollte sich die Bundesregierung für eine Modernisierung des OECD Consensus und der Common Approaches einsetzen.

### **Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]

### **Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2503310245 (PDF - 10 Seiten)

### **Adressatenkreis:**

Versendet am 29.01.2025 an:

### **Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

### **Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

## **13. Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung müssen stärker verzahnt werden**

### **Beschreibung:**

Entwicklungszusammenarbeit kann in schwierigen Märkten Strukturen schaffen, die Handel, Investitionen und nachhaltige Technologien fördern. Eine engere Anbindung an die Außenwirtschaftsförderung, insbesondere bei Exportkreditgarantien, würde die Absicherung von Risiken verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure steigern. Zudem

sollte das Netzwerk der Entwicklungszusammenarbeit stärker zur Bereitstellung wirtschaftsrelevanter Informationen genutzt werden, etwa für Bonitätsauskünfte oder Nachhaltigkeitsberichtspflichten. Hierbei ist insbesondere der Import Promotion Desk (IPD) weiter zu stärken.

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2503310246 (PDF - 10 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 29.01.2025 an:

**Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

**Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

14. Verrechnungsmodell bei der Einfuhrumsatzsteuer sollte kostenneutral umgesetzt werden.

**Beschreibung:**

Das derzeitige Erhebungsverfahren der Einfuhrumsatzsteuer (EUST) bindet unnötig Liquidität und verursacht Kosten, die in vielen EU-Nachbarstaaten nicht anfallen. Bund und Länder haben sich bereits für die Einführung eines Verrechnungsmodells ausgesprochen. Daher sollten nun rasch die notwendigen Gesetzesanpassungen erfolgen, um eine zeitnahe und reibungslose Umsetzung zu gewährleisten.

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2503310247 (PDF - 10 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 29.01.2025 an:

**Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

**Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [\[alle SG dorthin\]](#)  
Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)  
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.  
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)  
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

15. **Keine übereilte Reform des Unionszollkodex. Vorerst muss der deutsche Zoll modernisiert und besser ausgestattet werden**

**Beschreibung:**

Eine weitere Reform des UZK ist nicht zielführend, solange die bisherige nicht vollständig umgesetzt ist. Zudem fehlen konkrete Vorschläge zur Entlastung der Wirtschaft und Vereinfachung von Zolltarifen. Es muss eine klare Haltung der Bundesregierung zur geplanten Reform geben. Zusätzlich muss der deutsche Zoll durch bessere Ausstattung und Digitalisierung in der Lage sein, die steigende Zahl von Zollanmeldungen, insbesondere im grenzüberschreitenden E-Commerce, effizient zu bewältigen und den internationalen Drogenhandel und die organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

**Interessenbereiche:**

Außenwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#)

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. **SG2503310248** (PDF - 10 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 29.01.2025 an:

**Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)  
Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

**Bundesregierung**

Auswärtiges Amt (AA) [\[alle SG dorthin\]](#)  
Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)  
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.  
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)  
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung (BMZ) [\[alle SG dorthin\]](#)

16. **Vorschlag EU-Kommission zur Erleichterung der Kodierung für den Warenursprung im bil. Handel mit Japan: Abschaffung Angabe des Ursprungskriteriums**

**Beschreibung:**

Es wird bevorzugt, auf die komplette Kodierung zu verzichten, da dies ein praktisches Handelshemmnis darstellt. Zur Stärkung des AEO-Status sollte zudem bei Exporteuren mit AEO-Bewilligung wechselseitig auf die Angabe der Ursprungsregeln verzichten werden können.

**Interessenbereiche:**

Außenpolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2506260073 (PDF - 1 Seite)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 02.06.2025 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

**Angaben zu Aufträgen (0)**

---

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

**Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand**

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

**Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen**

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

**Gesamtsumme:**

0 Euro

**Mitgliedsbeiträge**

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

**Gesamtsumme:**

100.001 bis 110.000 Euro

**Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):**

1. Außenhandelsverband NRW e.V. (AHV)
2. Bremer Außenhandelsverband e.V. (BAV)
3. Landesverband Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen Bayern e.V. (LGAD)
4. Verein Hamburger Exporteure e.V. (VHE)

## **Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht**

---

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[BDEx-2025-Jahresrechnung-Stand-2026-06-03.pdf](#)